

Pressemitteilung

Landesvertretung
Sachsen

Presse: Dirk Bunzel

Verband der Ersatzkassen e. V.
Glacisstraße 4
01099 Dresden
Tel.: 03 51 / 8 76 55 – 37
Fax: 03 51 / 8 76 55– 43
dirk.bunzel@vdek.com
www.vdek.com

5. Oktober 2010

Mammographie-Screening

Bereitstellung der Einwohnermeldedaten verursacht ein Drittel der Kosten

Über die Hälfte der anspruchsberechtigten Frauen in Sachsen nutzt das Mammographie-Screening-Programm, mit dem Brustkrebs möglichst früh entdeckt werden soll. Rund 67 Prozent gehen zu der freiwilligen Röntgenuntersuchung der weiblichen Brust (Mammographie). Die Teilnahme liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 54 Prozent.

Dem Vorsorgeprogramm droht im Freistaat jetzt eine Verteuerung. Grund für den Kostenanstieg ist die veränderte Bereitstellung der Melderegisterdaten. Auf deren Basis werden Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren alle zwei Jahre zur Mammographie eingeladen.

„Die Ersatzkassen erwarten für dieses Jahr Meldedatengebühren in Höhe von voraussichtlich 300.000 Euro. Das ist das Fünffache gegenüber den Vorjahren, und nächstes Jahr steht ein weiterer steiler Gebührenanstieg in Aussicht“, sagte Silke Heinke, Leiterin der Landesvertretung Sachsen des Ersatzkassenverbandes e.V. (vdek). „Die Adressverwaltung durch das Kommunale Kernmelderegister Sachsen verursacht damit ein Drittel der Kosten des Screening-Programms!“

Das flächendeckende Mammographie-Screening wurde in Sachsen 2007 gestartet. Im Rahmen des Programms übermittelten die sächsischen Einwohnermeldeämter die benötigten Daten an eine zentrale einladende Stelle. Seit 2010 erfolgt die Bereitstellung über das Kommunale Kernmelderegister Sachsen. Das stellt deutlich höhere Kosten in Rechnung.

„Wir finanzieren auf diese Art ein Datenverarbeitungssystem, das vorrangig für Gerichte, Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften geschaffen wurde. Es kann aber nicht Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen sein, die vereinfachte Verwaltung zwischen Behörden zu subventionieren“, so die Leiterin der vdek-Landesvertretung. „Die Sächsische Staatsregierung sieht die Senkung der Brustkrebs-Sterblichkeit als eine Schwerpunktaufgabe sächsischer Gesundheitspolitik. Wir erwarten, dass sie die Umsetzung dieses Vorhabens nicht durch höhere Verwaltungskosten beim Mammographie-Screening erschwert“, unterstrich Silke Heinke.